

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 M., bei Selbstabholung 4.25 M.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für 1 Monat 5.— M.
(Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postfachkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lanchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 M. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorschritt 1.85 M. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 M. Die Reklame-Kolonelle 0.25 M.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lanchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Auf zum Kampf!

Noch klebt das Proletarierblut auf den Straßen und an den Häusern, das verspritzt wurde, um die deutsche Republik zu retten und schon erhebt die Militärkamarilla ihr Haupt wieder. Auch die Koalitionsregierung, die zum Kampf gegen die Staatsstreicher aufgerufen hatte, ist durch die Proletarier gerettet worden. Zum Danke dafür ist die neue Koalitionsregierung drauf und dran, die Arbeiter zu entwaffnen, während sie die Kappleute, die Balkumiruppen bewaffnet läßt.

Der schnelle Gang der Revolution in Deutschland, der durch die Staatsstreicher Lüttwisch und Kapp befördert wurde, zwingt die Regierung, das Volk an die Wahlurnen zu rufen. Die Arbeiterschaft, alle Unterdrückten und Ausgebeuteten, vom Kapitalismus Abhängigen erhalten nun Gelegenheit, mit dem Stimmzettel die Entscheidung darüber herbeizuführen, welche Politik in Deutschland in den nächsten Jahren verfolgt werden soll. Nur eine kurze Spanne Zeit ist zur Aufrüttelung und Aufklärung des Volkes gegeben. In wenigen Wochen soll die Wahl stattfinden. Darum auf zu unermüdlicher Arbeit!

Zwei Welten stehen sich in dem Wahlkampf gegenüber: die alle absterbende bürgerliche Ausbeutungsgesellschaft mit ihren gewalttätigen Unterdrückungsmitteln und die aufstrebende Arbeiterschaft, die eine neue Gesellschaftsordnung herbeiführen wird, in der weder Unterdrückung noch Ausbeutung eine Stätte hat, sondern Freiheit und Existenzsicherheit aller die Grundlagen bilden werden! Die Ausbeutungsgesellschaft der Kapitalisten und Agrarier kann sich nur halten, wenn sie die Machtmittel des Staates in ihrer Hand behält. Die Staatsstreicher waren drauf und dran, die alle monarchistisch-kapitalistische Gesellschaft wieder herzustellen, nur der kämpfenden Arbeiterschaft ist es zu danken, daß dieser Streich mißglückte.

Die Arbeiterschaft schafft die Waffen und Munition, mit denen sie niederhartäcklich wird. Hier heißt es ändern: den Arbeitern gehören die Waffen, dann wird Ruhe und Ordnung, wonach das Bürgertum jezt so laut ruft.

Mit den Koalitionsregierungen, der versprochenen wie der jetzigen, muß bei den Wahlen abgerechnet werden. Die alte ist die Schuldige, daß Kapp und Lüttwisch mit ihren geheimen und offenen Freunden den Staatsstreich vorbereiten und durchführen konnten; die jetzige aber ist keinen Deut besser als die alte; auch sie muß erst gezwungen werden, die Gegenrevolution zu entwaffnen, die eine große Gefahr für das schaffende Deutschland bildet. Die alte Koalitionsregierung hat mit Ausnahmeregeln, mit Belagerungszustand, mit Zuchthaus- und Gefängnisstrafen die Arbeiterschaft niedergehalten, sie hat die deutsche Republik tagtäglich geschändet, sie hat die wilden und reaktionärsten Elemente auf die Arbeiterschaft losgelassen, sie hat die allen Militärs zum Vollstrecker ihres Willens gemacht, sie hat die Reichswehr der reaktionären Offizierskaste ausgeliefert und gebildet, daß die demokratischen Elemente ausgemerzt und geregelt wurden. Sie hat das Bürgertum bewaffnet, indem sie Zeilfreiwilligenregimenter und Einwohnerwehren schuf, in denen die Arbeiterschaft unvertreten ist, sie hat die Landwirtschaft bewaffnet und im Gegensatz dazu die Arbeiterklasse entwaffnet und auf die Nichtablieferung der Waffen hohe Strafen gesetzt; so hat sie die besitzenden Klassen gegen die machtlose Arbeiterschaft ausgerüstet und mußte dann an die Arbeiterschaft appellieren, damit sie sie gegen das bewaffnete Bürgertum schützte.

Sie hat durch ihre Politik in den baltischen Randstaaten den Stamm zu einer konterrevolutionären Truppe gelegt und zugleich die schwersten außenpolitischen Verwicklungen herbeigeführt. Sie hat auch jezt die Staatsstreichstruppen noch nicht entwaffnet, die für sie selbst noch eine schwere Gefahr bilden: dagegen arbeitet sie mit aller Macht daran, den Arbeitern die paar Waffen zu entwenden, die sie noch haben. Sie ist auf den Bahnen des allen militärdiktatorischen Regimes weitergeschritten und hat damit der Demokratie die schwersten Wunden geschlagen. Junker, Pfaffen, Militärs und Großkapitalisten haben in Deutschland auch nach der Revolution geherrscht. Parlamentarismus und parlamentarische Regime waren nur das Folgebild für die Reaktion.

Zur Nationalversammlungswahl im Januar 1919 wurde dem deutschen Volke Freiheit, Friede und Brot versprochen, ein Deutschland, in dem es frei und glücklich werden leben können. Von all dem ist das Gegenteil eingetreten. Statt Freiheit — Belagerungszustand, Hinmorden der Revolutionäre, Zuchthaus- und Gefängnisstrafen für die Revolutionskämpfer, dagegen Freisprechung der Revolutionsmörder und ihrer Helfer. Statt Friede Feindseligkeit mit allen Staaten, Isolierung Deutschlands und im Innern den Bürgerkrieg. Statt Brot — Hungersnot und Teuerung. Alle Forderungen der Großagrarien wurden erfüllt, die der Arbeiter abgeschlagen. Streik der Arbeiter wurde als Verrat am Vaterlande gebrandmarkt. Streik der Großagrarien bei der Ablieferung von Lebensmitteln dagegen mit schamlosen Preiserhöhungen belohnt.

Statt Sozialisierung der lebenswichtigsten Betriebe Unterwerfung der Arbeiterschaft unter die Gewalt der Kapitalisten. Das Akkordsystem, das die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zuvor in jahrzehntelangen Kämpfen abgeschafft hatte, wurde in

der deutschen Republik wieder eingeführt. In den Staatsbetrieben, besonders denen der Eisenbahn, war die Maßregelung der Arbeiter und ihrer Vertrauensleute an der Tagesordnung.

Statt Einführung der Sechs-Stundenschicht in den Bergwerken wurde mit allen Mitteln dahin gewirkt, daß die Bergarbeiter wieder die Acht-Stundenschicht bekamen.

Die Sozialisierungskommission wurde, kaum daß sie ins Leben getreten war, kaltgestellt. Der Ausbau der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft war wieder in vollem Gange, die Kapitalisten jubelten über die hohen Gewinne, über das Steigen der Valuta, als der Staatsstreich der Lüttwische und Kapp dazwischenkam. Die gegen die Arbeiterschaft so mutige Regierung Eberl-Bauer wagte den Kampf gegen die Staatsstreicher nicht aufzunehmen. Sie riß aus und noch beim Ausreißen rief sie die von ihr geknüpfte und gehudelte Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die Staatsstreicher auf. Mit dem Generallstreik und mit den Waffen in der Hand hat die Arbeiterschaft den heldenmütigen Kampf aufgenommen und die Kapp und Konsorten in wenigen Tagen zur Strecke gebracht. Sie hat noch einen weiteren Sieg erfochten, der wertvoller ist als die Vertreibung von Kapp und Kompagnie. Sie hat sich im Kampfe zusammengesunden und die Einheitsfront hergestellt. Diese Einheitsfront gilt es auch im Wahlkampfe zu erhalten und dann weiter bis zum endgültigen Siege des Sozialismus. Die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter haben ihre Forderungen an die Regierung, an die Gesellschaft gestellt und sie werden dafür kämpfen, bis sie erfüllt sind.

Glänzend gerechtfertigt steht heute die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands mit ihrer Politik da. Die Entwicklung, die die deutsche Republik genommen hat, die Ereignisse der letzten Wochen sind eine drastische Bestätigung für die oppositionelle Haltung unserer Partei. In all den wechselvollen Tagen ist sie nicht abgewichen von der geraden Linie des sozialistischen Klassenkampfes. Sie hat aber auch nach den jeweiligen Verhältnissen ihre Forderungen gestellt, um den noch nicht in ihren Reihen stehenden Arbeiterscharen Gelegenheit zu geben, mit auf diese Plattform zu treten und so den sozialrevolutionären Kampf zu stärken und voranzutreiben. Ihre Minimalforderungen sind:

1. Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen. Mannschaffsersatz aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft; politisch zuverlässige Führer.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes. Freilassung aller verhafteten Revolutionskämpfer und umfassende Amnestie.
3. Befrafung aller an dem Kappschen Umsturz beteiligten Gegenrevolutionäre und der für das Hinmorden von revolutionären Kämpfern Verantwortlichen.
4. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiete des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —. Weiterführung der Sozialisierung der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens, sowie anderer hochentwickelter Industrien. Umfassende Kommunalisierung.
5. Ueberführung des Großgrundbesitzes und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.
6. Sicherung der Lebensmittelfversorgung der städtischen Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.
7. Ausbau der Sozialgesetzgebung. Anpassung der Löhne, Gehalte, Renten und Unterstützungen an die Kosten der Lebenshaltung. Wirksame Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.
8. Freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern. Frieden mit Ausland. Erfüllung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen.

Auf dieser Plattform müssen sich alle gegen Lohn arbeitenden Hand- und Kopfarbeiter, alle vom Kapital Abhängigen, alle freiheitlich Bestimmten zusammenfinden gegen die Vertreter der alten Gewalt und Ausbeutung.

Die Uhr des Kapitalismus und der alten Ausbeutungsgesellschaft ist abgelaufen, eine neue Gesellschaft ist im Werden. Dazu beizutragen, daß diese bald erstehe, ist auch die nächste Wahl berufen. Es gilt also zu wählen zwischen dem Aufstiege der Menschheit zu höheren und besseren Gesellschaftszuständen und zwischen dem Verfinken in die alte kapitalistische Ausbeutungsgesellschaft und Barbarei. Der Zeiger der Entwicklung weist vorwärts.

Auf zum Kampf! Auf zum Sieg!

Der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens.